# GRÜNE BLÄTTER

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN BADEN-WÜRTTEMBERG

Mitgliederzeitschrift Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg · 04.2008

## Hier ist mehr drin:

**Abgeschafft: Staatsexamen.** Zur Schulreform gehört die neue LehrerInnenausbildung. Da muss sich einiges ändern, nicht nur der Beamtenstatus. Von Brigitte Schmid.

**Gefragt: Selbstbewusstsein.** Wie individuelle Begabungen durch individuelle Förderung optimal entwickelt werden. Ein Modell aus dem Kanton Thurgau, beschrieben von Ruth Frei.

**Benachteiligt: Migrantenkinder.** Wie Potenziale und Begabungen genutzt werden können und gerechte Bildungschancen für alle entstehen. Von Renate Rastätter.

**Umgesetzt: Ganztagesschule.** Alexander Ludwig plaudert aus der Praxis eines Schuldezernenten: Schule wird zum Lebensort.

**Ausprobiert: Selbstevaluation.** Die Bildungsregion Freiburg hat ein klares Ziel: Die bestmöglichen Bildungs- und damit Lebenschancen für Kinder schaffen. Vernetzung beginnt vor Ort. Die Freiburger Verhältnisse beschreibt Gerda Stuchlik.

# Schule neu denken

**Von Petra Selg**

Das dreigliedrige Schulsystem ist am Ende. Es wird immer offensichtlicher: Die Gleichung „Leistung durch Selektion“ geht nicht auf. SchülerInnen bereits nach vier gemeinsamen Schuljahren auf unterschiedliche Schularten zu verteilen, ist völlig überholt. Unser heutiges Schulwesen vergeudet Talente, indem es Zehnjährige in eine Schublade steckt, aus der sie später kaum noch herauskommen. Dabei kann man in der vierten Klasse noch gar nicht genau sagen, wie sich die Begabungen und Fähigkeiten weiterentwickeln. Eine solche Verschwendung von Potenzialen ist nicht nur für die Betroffenen ein Schlag ins Gesicht, sondern auch Gift für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

**Bildungsgerechtigkeit? Fehlanzeige!**

Außerdem ist die frühe Selektion sozial extrem ungerecht. Wie in einer vormodernen Ständegesellschaft werden Bildungschancen nach Herkunft vergeben. Der Bildungserfolg eines Kindes hängt bei uns zu stark vom Elternhaus ab. Die Folge: Soziale Schieflagen werden nicht

Fortsetzung Seite 2

# Schule neu denken

Fortsetzung von Seite 1

korrigiert, sondern zementiert. Die Leidtragenden sind vor allem jene SchülerInnen, die besonders auf Unterstützung und Förderung angewiesen sind.
Kinder mit Migrationshintergrund und aus sozial schwächeren Familien landen meist auf der Hauptschule, die immer mehr zur „Restschule“ wird und den Jugendlichen keine wirkliche Perspektive mehr bietet. Dazu kommt: Selektion produziert nicht nur Verlierer, sondern steigert auch die Leistungen an der Spitze nicht.

Und was macht die Landesregierung? Sie schaltet auf stur und startet mit ihrer sogenannten Bildungsoffensive eine letzte verzweifelte Abwehrschlacht, um das gegliederte Schulsystem noch ein paar Jahre zu retten. Diese Reparaturmaßnahmen gehen aber völlig an der Wurzel der Bildungsmisere im Land vorbei, da lediglich viel richtiges Geld in falsche Strukturen gesteckt wird. Das gilt umso mehr, als von der geplanten Senkung des Klassenteilers gerade das „Sorgenkind Hauptschule“ am wenigsten profitiert. Auch die von Ministerpräsident Oettinger großspurig angekündigte Reform des achtjährigen Gymnasiums ist als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet. Es ist doch keine Lösung der Kernprobleme des Turbo-Abis, wenn jetzt ältere SchülerInnen und ehrenamtliche JugendbegleiterInnen als billige HilfslehrerInnen für die Hausaufgabenbetreuung herangezogen würden.

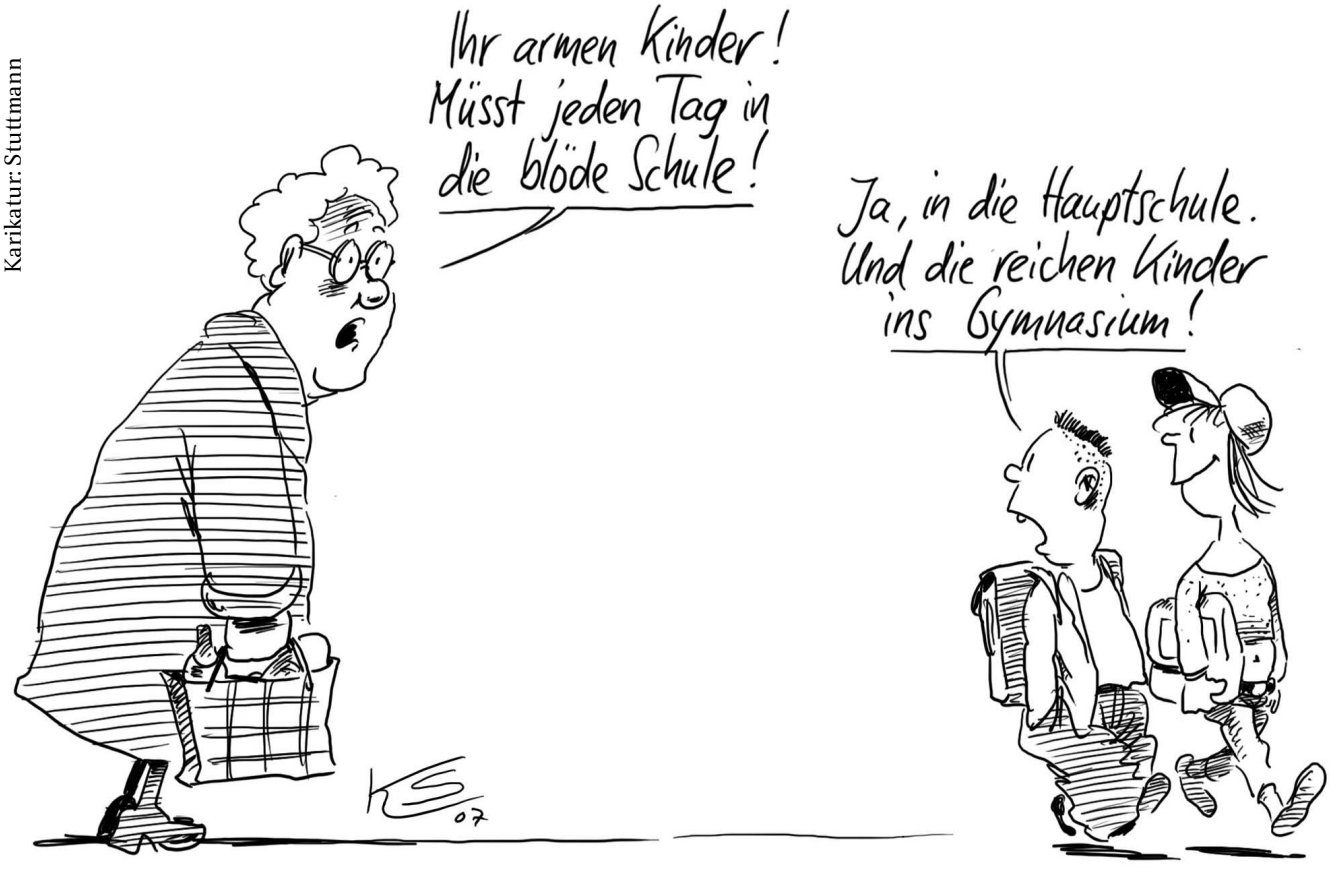
### Eine Schule für alle

Wir müssen Schule neu denken. Nicht die Kinder müssen passend für die Schule gemacht werden, sondern die Schule passend für die Kinder. Wir Grünen wollen deswegen eine Basisschule einführen, in der alle Kinder bis zur neunten Klasse ganztägig gemeinsam lernen. Die Basisschule soll die Grundlage für den weiteren schulischen oder beruflichen Ausbildungsweg legen und mit dem mittleren Bildungsabschluss enden. Diese neue Schule fußt auf einer neuen Lernkultur, die Verschiedenheit nicht als Problem sieht, sondern als Chance. Und die der Erkenntnis folgt, dass längeres gemeinsames Lernen und individuelle Förderung für sämtliche Begabungsstufen alle SchülerInnen klüger machen. Die Spitzenleistungen der skandinavischen Schulen zeigen: Begabtenförderung und die Förderung schwächerer Schüler schließen sich nicht aus, sondern bedingen sich gegenseitig.

### Selbstständige Schule

Gleichzeitig müssen wir mehr Autonomie wagen. Deshalb treten wir Grüne für eine selbstständige Schule in kommunaler Verantwortung ein. Die einzelne Schule soll mehr Verantwortung und echte Freiräume bekommen, um Lernprozesse neu zu organisieren. Dafür sollen die Kompetenzen zwischen Land, Kommunen und Schulen neu verteilt werden. Zentral ist dabei, dass die Zuständigkeit für die Schulen an die Kommunen übergeht. Damit muss auch eine Demokratisierung der Schulen selbst einhergehen: Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen sollen mehr direkte Mitspracherechte erhalten und sich stärker in „ihrer“ Schule engagieren.

Petra Selg ist Landesvorsitzende der baden-württembergischen Grünen




Karikatur: Stuttmann

# Lehrerausbildung – ein Schlüssel zur Schulreform

Von Brigitte Schmid

Gute Schulen brauchen gute Lehrerinnen und Lehrer. Individuelles Lernen steht bei unserem Modell der Basisschule im Zentrum einer neuen Lehr- und Lernkultur. LehrerInnen müssen produktiv mit der Vielfalt ihrer Schülerinnen und Schüler umgehen können. Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer ist daher ein Schlüssel zur Schulreform.

Für längeres gemeinsames Lernen brauchen wir LehrerInnen für Altersstufen, nicht wie heute für verschiedene Schularten. Wir wollen, dass die LehrerInnen der drei Stufen (Primarstufe bis Klasse 4, Sekundarstufe I bis Klasse 9/10 und Sekundarstufe II bis Klasse 12/13) sowohl über solide fachliche Kenntnisse verfügen als auch eine sehr gute pädagogische und didaktische Ausbildung erhalten.

Da in unserem Konzept der Selbstständigen Schule LehrerInnen nicht mehr verbeamtet sind, ist es konsequent, das Staatsexamen abzuschaffen und das LehrerInnen-Studium mit einem Master an der Hochschule abzuschließen. Alle LehrerInnen sollen künftig ihr Fachwissen in einem fachwissenschaftlichen Bachelor-Studiengang an einer Universität erwerben. Die eigentliche Entscheidung für den LehrerInnen-Beruf wird erst nach dem Bachelor getroffen. Wir holen so die LehrerInnenausbildung aus der Einbahnstraße: Um-, Ein- und Ausstiege werden leichter möglich.

An den Bachelor schließt sich ein Schuljahr als Trainee-LehrerIn an. In diesem Jahr werden die zukünftigen LehrerInnen vor allem zur individuellen Förderung und zur Arbeit in Kleingruppen eingesetzt, damit sie erfahren, wie Schülerinnen und Schüler lernen.

Das Praxisjahr ist Voraussetzung für die Zulassung zum bildungswissenschaftlichen Master-Studiengang an einer der neuen bildungswissenschaftlichen Universitäten, die aus den Pädagogischen Hochschulen entstehen sollen. Sie werden der Ort für die wissenschaftliche LehrerInnenbildung und die Bildungsforschung sowie für die Fortbildung, Weiterqualifizierung und die Begleitung der Schulen. Dort vernetzen sich künftig Wissenschaft und Praxis. Die Master-Studiengänge enthalten Elemente aus Erziehungswissenschaft (insbesondere Lehr-, Lernforschung), Psychologie, Soziologie, Ethik/Philosophie, Hirnforschung, aber auch Trainingseinheiten zur Sensibilisierung von Haltungen (Hinschauen, Respekt, Wertschätzen). Sie sind jeweils auf das Alter der SchülerInnen ausgerichtet. Der Umgang mit Heterogenität ist dabei eine zentrale Fragestellung. Die Ausbildung soll zudem empirische Untersuchungen mit schulischen Problemstellungen beinhalten. Ziel ist der Erwerb von Diagnose-, Beurteilungs- und Beratungskompetenz. Die fachlichen Kenntnisse können erweitert werden, die fachdidaktischen Inhalte des heutigen Referendariats werden integriert.

An die Stelle des Referendariats tritt eine dreijährige Schuleingangsphase. Diese erste Zeit an der Schule ist als Phase der weiteren Ausbildung und des begleiteten Einstiegs in den Beruf zu verstehen. Die Unterrichtsverpflichtung ist in dieser Berufseingangsphase reduziert. Die jungen KollegInnen werden von MentorInnen begleitet und tauschen ihre Erfahrungen in begleitenden Seminartagen untereinander aus.

Das Konzept im Detail:
www.gruene-bw.de/themen/bildung

Brigitte Schmid ist Mitglied des Parteirats der baden-württembergischen Grünen

## KURZ & GRÜN

### Erörterungsverfahren zum Zwischenlager in Obrigheim

Höchstmögliche Sicherheitsstandards für das Zwischenlager in Obrigheim einzufordern, ist das Ziel des Aktionsbündnisses Atommüll-Lager Obrigheim. Initiiert unter anderem von den Kreisverbänden Neckar-Odenwald und Odenwald-Kraichgau konnten beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) über 900 Einwendungen gegen die vorliegende Bauplanung der EnBW für das Zwischenlager am AKW-Standort Obrigheim eingereicht werden. Beim dreitägigen Erörterungstermin im Oktober in Mosbach brachten die EinwenderInnen gegenüber dem BfS und der EnBW ihre Bedenken und Forderungen zum Ausdruck.
Infos: www.atommuell-obrigheim.de

### Europäischer Kommunalkongress in Stuttgart

Auf Einladung der Grünen Europafraktion und der Europäischen Grünen Partei treffen sich vom 17. bis 19. April 2009 KommunalpolitikerInnen aus ganz Europa zum 4. Local Councillors Congress im Haus der Wirtschaft in Stuttgart. Drei Tage lang stehen kommunalpolitische Themen ganz im Fokus des Interesses – und es gibt natürlich ausreichend Gelegenheit zum Austausch untereinander. Ausführliche Informationen folgen.
Jetzt gilt: Bitte den Termin fest vormerken und weiter verbreiten!

# Individuelles Lernen in der Praxis

**Von Ruth Frei-Schär**

Die Sekundarschule Alterswilen ist eine öffentliche Landschule im Schweizer Kanton Thurgau mit rund 125 Schülerinnen und Schülern. Im Jahr 2003 wurde das integrierte Schulmodell nach einer zweijährigen Pilotphase mit einer Klasse für die gesamte Oberstufe übernommen. Die Kernidee: Individuelle Begabungen werden individuell gefördert.

Der Unterricht erfolgt nicht wie gewohnt in Jahrgangsklassen, sondern in niveau- und altersdurchmischten Gesamtklassen. 60 Prozent des Unterrichts findet als individualisierter Unterricht in diesen Gesamtklassen statt, d.h. jede Schülerin und jeder Schüler arbeitet nach seinen Fähigkeiten und Neigungen und nach seinem Lerntempo.

Zu Beginn des Semesters erhalten alle Jugendlichen eine individuelle Lernwegplanung in den Fächern Mathematik und Deutsch, die im Laufe des Schuljahres noch angepasst werden kann. Die Schülerinnen und Schüler wissen so, wie viele und welche Lernaufträge sie erledigen sollten. Für die rechtzeitige Bearbeitung der Aufträge und für ihr eigenes Lernen sind die Jugendlichen im Individualisierten Unterricht selbst verantwortlich. In Lernbüchern notieren sie ihre Planung für die Woche und für die einzelnen Tage, die Hausaufgaben und Prüfungen. Zudem beinhaltet das Lernbuch eine Blackbox, eine leere Doppelseite, die mit Reflexionen, Merkenswertem oder Erfahrungen gefüllt wird. Die Schülerinnen und Schüler reflektieren anhand dieser Blackbox ihr eigenes Lernen und dokumentieren ihre Fortschritte.

Eigenverantwortliches und eigenständiges Lernen wird groß geschrieben und gezielt gefördert und geübt. Die Verantwortung, die den Jugendlichen übergeben wird, fördert das Selbstbewusstsein und motiviert. Und gerade die Motivation ist wichtig, denn unmotivierte SchülerInnen lernen nicht.

Die Altersdurchmischung in den Gesamtklassen wird allgemein geschätzt. Sie trägt nicht nur zu einem positiven sozialen Klima bei, sondern ist zudem auch eine Form, die dem natürlichen Lernen am nächsten kommt: Die Jüngeren lernen von den Älteren und manchmal auch umgekehrt. Oft kann ein Drittklässler ein bekanntes Thema ebenso gut erklären wie die Lehrperson. Hier profitieren nicht nur die Jüngeren, sondern ebenso die Älteren; erklärende Schülerinnen und Schüler vertiefen ihre eigenen Kenntnisse und lernen zyklisch. Aber nicht nur bei fachlichen, sondern auch bei organisatorischen Problemen können die Jugendlichen einander helfen. Neue Schülerinnen und Schüler müssen in das System eingeführt werden – dabei helfen Ältere massgebend mit und unterstützen die Lehrperson. Die Tatsache, dass jedes Jahr nur ein Drittel der Gesamtklasse neu ist, gibt der Lehrperson mehr Zeit, den richtigen Lernweg für diese neuen Schülerinnen und Schüler zu finden.

Natürlich gibt es auch Bereiche, in denen die Altersdurchmischung nicht optimal ist, sondern besser in möglichst homogenen Gruppen gelernt wird – so etwa bei Fremdsprachen. Diese Bereiche werden im Kurssystem unterrichtet. Auch die Lehrerrolle ändert sich: Die Lehrperson wird immer mehr zum Lerncoach, was eine befriedigende Herausforderung ist.

Ruth Frei-Schär ist Lehrerin
an der Sekundarschule Alterswilen

# Herausforderung Integration

**Von Renate Rastätter**

Seit der ersten PISA-Studie im Jahr 2001 hat es an öffentlicher Kritik an der strukturellen Benachteilung von zugewanderten Kindern in unserem Bildungswesen nicht gefehlt. Im Jahr 2006 hat UN-Sonderbotschafter Munoz nach einem Besuch an deutschen Schulen die eklatante Verletzung des Gleichheitsprinzips angeprangert. Zuletzt wurde 2008 im Bildungsmonitoring der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft festgestellt, dass Baden-Württemberg in der Kategorie schulische Integration den beschämenden letzten Platz einnimmt. Dabei hätte Baden-Württemberg allen Grund, Integration durch Bildung als größte Herausforderung zu sehen. Wir haben mit 25 Prozent den höchsten Migranten-Anteil aller Bundesländer, bei den unter 18-Jährigen beträgt der Anteil sogar ein Drittel.

In unserem drei- bzw. viergliedrigen Schulsystem sind SchülerInnen mit Migrationshintergrund und deutsche SchülerInnen aus sozioökonomisch benachteiligten Familien die Verlierer. 11,4 Prozent der italienischen, 17 Prozent der serbisch-kroatischen und 8,1 Prozent der türkischen SchülerInnen besuchen in der fünften Klasse die Sonderschule für Lernbehinderte. Bei den deutschen SchülerInnen beträgt der Anteil nur rund 2 Prozent. Rund 55 Prozent der SchülerInnen mit Migrationshintergrund sind an der Hauptschule, während der Anteil der deutschen SchülerInnen nur rund 22 Prozent beträgt. Eine derart scharfe soziale Auslese ist weltweit einmalig. Wer die Entstehung von Parallelgesellschaften verhindern will, muss deshalb vor allem in den Schulen damit beginnen.

Trotz dieses Wissens hat Baden-Württemberg bis heute kein Leitbild für die Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund entwickelt. Es gibt keine speziellen Lehrkräfte mit einer qualifizierten Ausbildung in Deutsch als Zweitsprache und kein Programm zur systematischen Gewinnung von jungen MigrantInnen für den Lehrerberuf. So kommt es, dass der durchschnittliche Anteil der Lehrkräfte mit Migrationshintergrund an allen Schularten nur rund ein Prozent beträgt. Obwohl viele Migrantenkinder mehrjährige zusätzliche Deutschförderung brauchen, sind in den letzten fünf Jahren fast 200 Lehrerstellen dafür gestrichen worden.

Bildungsgerechtigkeit für Schülerinnen und Schüler ist nicht nur wegen des Gebots der Chancengerechtigkeit notwendig. Wissenschaftlich erwiesen ist, dass ein hoher Bildungsstand auch die demokratische Integration befördert. Aber auch aus wirtschaftlichen und demografischen Gründen können wir es uns nicht mehr länger leisten, auf die Begabungen und Potenziale der MigrantInnen zu verzichten. Notwendig sind Sofortmaßnahmen wie eine ganzheitlich angelegte Sprachförderung im Kindergarten und die Einbeziehung von Förderlehrkräften und SchulassistentInnen in der Grundschule sowie eine Fortsetzung der intensiven zusätzlichen Sprachförderung in den weiterführenden Schulen. Mit unserem Konzept der ganztägigen neun- bis zehnjährigen Basisschule wollen wir Grünen perspektivisch erreichen, dass die soziale Auslese überwunden wird.

Renate Rastätter ist schulpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag

## KURZ & GRÜN

Metropolregion Rhein-Neckar:

### Erstes länderübergreifendes kommunales Wahlprogramm der Grünen beschlossen

Die Grünen in der Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz verstärken ihre Zusammenarbeit. Ein erster großer Schritt ist das regionale Programm für die Kommunalwahlen 2009. Bei einer gemeinsamen Regionalkonferenz im September 2008 in Ludwigshafen wurde es von über 80 Delegierten aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen beraten und beschlossen. Aus Baden-Württemberg waren beteiligt: Die Kreisverbände Mannheim, Neckar-Bergstraße, Heidelberg, Hardt, Odenwald-Kraichgau und Neckar-Odenwald. Konkrete Forderungen des Programms: die gentechnikfreie Metropolregion, der sofortige Stopp beim Flächenverbrauch und die Direktwahl der Verbandsversammlung.
Außerdem wählten die 18 Kreisverbände Franziska Brantner als gemeinsame Kandidatin für die Europawahlen 2009.
Infos: www.gruene-rnd.de

### Neuvergabe Konzessionsverträge

Mit einem Konzessionsvertrag vergibt die Kommune den Betrieb des örtlichen Stromnetzes an einen Netzbetreiber. Die EnBW zieht mit ihrem Musterkonzessionsvertrag bereits wieder durch die Hinterzimmer der Bürgermeisterämter und festigt ihre energiepolitische Vormachtstellung. Mit der Nutzung des Wettbewerbs zwischen den Netzbetreibern können sich die Kommunen jedoch aus der Umklammerung der EnBW befreien. Mit einem rechtssicheren Musterkonzessionsvertrag mit grüner Handschrift wollen wir der EnBW den Rang um die Netze streitig machen. Schnell kommen dabei die Themen Eigenstromerzeugung, Kraftwärmekopplung und Nahwärme in die örtliche Diskussion, was eine energiepolitische Initialzündung in der Kommune sein kann.
**Jürgen Menzel, KV Esslingen**
Infos über Konzessionsvertrag@yahoo.de und bei der GAR.

# Ziel: Ganztags für alle

Nun auch noch die Wirtschaft: Die IHK Baden-Württemberg will, dass die Ganztagsschule als Pflicht eingeführt wird. Dabei geht es ihr nicht nur um die ganztägige Betreuung, sondern auch um neue Lern- und Unterrichtsformen. Sollte der Wunsch der Wirtschaft Realität werden, könnten erfahrene Praktiker ein Vorbild geben. Ein solcher ist Alexander Ludwig, grüner Bürgermeister für Kultur, Bildung und Soziales in Leinfelden-Echterdingen. Mit ihm sprach Wolfgang Schmitt.

**GB:** Wie sieht aktuell der Ausbaustand bei Ganztagsschulen in Leinfelden-Echterdingen aus, und gibt es einen weiteren Bedarf?
**Ludwig:** Wir haben offene Ganztagsangebote mit Jugendbegleitern an unseren Gymnasien, wobei unser Immanuel-Kant-Gymnasium bereits jetzt als Schule mit ganztägigem Angebot geführt wird. Im Bereich der Realschule ist bereits jetzt Mittagessen und Pausenbetreuung möglich. Im Hauptschulbereich haben wir eine gebundene Ganztagsschule. Der Grundschulbereich ist mit Angeboten unserer Kindertageseinrichtungen zur Schulkindbetreuung abgedeckt. Derzeit erarbeiten wir eine Ganztagsschulkonzeption für alle Schulen. In einer Grundschule haben wir die Angebote von der Kindertageseinrichtung in die Schule verlagert.

**GB:** An der Organisation der Mittelvergabe des Bundesprogramms zum Ausbau der Ganztagsschulen IZBB durch die Landesregierung gab es heftige Kritik, u.a. von den Grünen und dem Landesrechnungshof. Hatte Leinfelden-Echterdingen Nachteile durch das noch unter Kultusministerin Schavan praktizierte Windhundverfahren?
**Ludwig:** Nein im Gegenteil, unsere Anträge waren rechtzeitig fertig und konnten erfolgreich beschieden werden. Unser Vorteil war, dass wir uns teilweise bereits im Vorfeld mit Ganztagsbetreuung beschäftigt haben. Trotzdem war der sehr schnell abverlangte Einsatz aller Beteiligten eine wirkliche Herausforderung.

**GB:** Reicht dieses Programm zum flächendeckenden Ausbau qualitativ guter Ganztagsschulen aus?
**Ludwig:** Ich denke nicht.

**GB:** Die Grünen fordern die Aufnahme der Ganztagsschule in das Schulgesetz. Was würde sich aus kommunaler Sicht dadurch verbessern?
**Ludwig:** Derzeit ist von kommunaler Seite erheblich Geld aufzubringen für die ergänzenden Bildungs- und Betreuungsangebote wie Mittagsbetreuung, ergänzende soziale Arbeit und ähnliches. Unseres Erachtens sollten die Personalkosten für das Betreuungspersonal einheitlich beim Land liegen. Durch eine Aufnahme in das Schulgesetz wäre dies unter Umständen möglich.

**GB:** Das Modellprojekt „Bildungshaus“ besteht in Leinfelden-Echterdingen jetzt ein Jahr. Wie ist die Bilanz, wie die Perspektive, und was steht auf dem Wunschzettel an die Landespolitik?
**Ludwig:** Die Zusammenarbeit zwischen Grundschule und den beteiligten Kindergärten ist sehr gut. Kinder der Kindergärten werden in musische Projekte und in Themenarbeiten der Schule integriert – so etwa zur Schulung der Feinmotorik. Ein Projektthema ist beispielsweise „Unser Stadtteil“. Die wissenschaftliche Begleitung durch das Land steht jetzt am Anfang. Aus Sicht unserer Kindergartenfachberatung ist hier eine vertiefte Begleitung durch das Land erforderlich. Die Sachmittel werden durch die Stadt getragen. Wenn man den Bildungsauftrag des Landes ernst nimmt, müsste das Land auch bezahlen. Aus unserer Sicht sollten die Schulen autonomer agieren können.

# Bildungsregion Freiburg: Schule weiterentwickeln

Von Gerda Stuchlik

Bestmögliche Bildungschancen und damit bestmögliche Lebenschancen für Kinder und Jugendliche in Freiburg – das ist das übergeordnete Ziel der „Bildungsregion Freiburg“. Derzeit beteiligen sich 65 Freiburger Schulen an dem von der Stadt Freiburg, dem Land Baden-Württemberg und der Bertelsmann Stiftung gemeinsam getragenen Projekt. Auf der Grundlage von schulischer Qualitätsentwicklung und Vernetzung mit außerschulischen Partnern sind folgende Ziele angestrebt:

- Systematische Qualitätsentwicklung in den Schulen,
- Begleitung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit Bildungsrisiken,
- Erhöhung der Ausbildungsfähigkeit,
- Entwicklung eines abgestimmten Bildungssystems,
- Entwicklung einer Verantwortungsgemeinschaft Schulträger/Land.

Grundlage und Orientierungsrahmen des Projekts ist ein Selbstevaluationsinstrument der Bertelsmann Stiftung (SEIS: Selbstevaluationsinstrument in Schulen). Dies ist ein Überblicksinstrument über alle wichtigen Bereiche von schulischer Qualität, wie:

- Lernen und Lehren,
- Schulkultur,
- Führung und Schulmanagement,
- Professionalität der Lehrkräfte,
- Ziele und Strategie der Qualitätsentwicklung.

Die Schulen haben bereits drei SEIS-Ergebnisse erhalten und sich auf Praxisforen gemeinsam über ihre Stärken und Entwicklungsfelder ausgetauscht. Auf der Grundlage dieser Berichte hat die Regionale Steuergruppe (Staatliches Schulamt für die Stadt Freiburg, Regierungspräsidium, Stadt Freiburg – beratend Bertelsmann Stiftung, Regionales Bildungsbüro, Kultusministerium Baden-Württemberg) ein Unterstützungs- und Qualifizierungsangebot vorgeschlagen. Dabei ist es im Abgleich mit den Projektzielen auch zur Bildung verschiedener Teilnetzwerke gekommen. Drei Schwerpunkte lassen sich benennen: Berufliche Orientierung, Schule und kulturelle Bildung und die Kooperation von Schulen und Jugendhilfe. Letztlich können die Schulen aber selbst entscheiden, welche Unterstützungsmaßnahmen zu ihrem jeweiligen Schulentwicklungsprozess passen.

KOMMUNAL WAHL2009

Ein regionaler Innovationsfonds unterstützt darüber hinaus die Schulen, die sich in Zusammenarbeit mit anderen Schulen oder außerschulischen Partnern weiter qualifizieren möchten oder gemeinsam Projekte zur Schulentwicklung initiieren. So versuchen beispielsweise vier Freiburger Schulen gemeinsam mit der Volkshochschule im Projekt „Eltern lernen von und mit Eltern“ neue Wege in der Elternarbeit zu gehen.

Und für alle Freiburger HauptschülerInnen der Klassen 8 und 9 gibt es zusätzlich eine intensive Berufsqualifizierung durch das Projekt „Erfolgreich in Ausbildung“. Oberstes Ziel dieses Projektes ist es, durch die Erhöhung der Ausbildungsfähigkeit besonders den HauptschülerInnen größere Chancen auf einen festen Ausbildungsplatz im direkten Anschluss an die Schule zu bieten.

Über die gesamte Laufzeit von drei Jahren stellt die Stadt Freiburg 225.000 Euro für den Innovationsfonds und eine Stelle für das Regionale Bildungsbüro bereit. Die übrigen Sach- und Personalkosten trägt das Land mit etwa 320.000 Euro. Die Bertelsmann Stiftung unterstützt das Projekt neben ihrer Beratung mit 160.000 Euro für Qualifizierungen und Workshops. Das Teilprojekt „Erfolgreich in Ausbildung“ finanzieren Stadt und Arbeitsagentur gemeinsam mit rund 600.000 Euro.

Gerda Stuchlik ist Bürgermeisterin für Umwelt, Schule, Bildung und Gebäudemanagement in Freiburg

## KURZ & GRÜN

### Überwachungsfreie Zone gegen den Kontrollwahn der Landesregierung

Aus Protest gegen das neue Polizeigesetz, das der Landtag im November mit den Stimmen der schwarz-gelben Regierungskoalition verabschiedet hat, haben die baden-württembergischen Grünen vor dem Landtagsgebäude eine „überwachungsfreie Zone“ errichtet. „Das neue Polizeigesetz dehnt die Überwachungsbefugnisse der Polizei erheblich aus und stellt so die Bürgerrechte ins Abseits. Mit unserer Aktion wollen wir ein Zeichen gegen diese Aushöhlung der Bürgerrechte setzen“, erklärten der Grünen-Landesvorsitzende Daniel Mouratidis und Uli Sckerl, innenpolitischer Sprecher der Grünen im Landtag.

## IMPRESSUM:

**Herausgeber:** Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg
Forststraße 93 · 70176 Stuttgart
Telefon 0711-99 35 90
Telefax 0711-99 35 999
landesverband@gruene-bw.de
www.gruene-bw.de

**Druck:** Oktoberdruck AG, Berlin (Auflage 6.500 Exemplare)
**Layout&Satz** gerhard@fontagnier.de
**Gedruckt** auf Umweltpapier

**Redaktion:** Dr. Silke Argo, Tilo Berner, Philip Eberhardt, Thomas Hornung, Andrea Lindlohr, Wolfgang Schmitt, Nele Schönau, Wolfgang Schreiner.

**Bildquellen:**
Seite 1: Pertusinas/stockphoto.com
Seite 2: Karikatur Klaus Stuttmann
Seite 4: Pertusinas/stockphoto.com
Seite 6: luxuz/photocase.de

Die Gesundheit der Menschen
steht im Mittelpunkt
unseres unternehmerischen Handelns

## Der Gesundheit verpflichtet

Celesio, Europas führendes Handels- und Dienstleistungsunternehmen für Arzneimittel, erreichte 2007 einen Umsatz von 22,3 Milliarden Euro. Zum 30. Juni 2008 arbeiteten 37.705 Menschen für den Konzern. Celesio ist in 14 Ländern aktiv. Im Großhandel beliefern 121 Niederlassungen Tag für Tag über 35.000 Apotheken in zwölf Ländern Europas. 2.332 eigene Apotheken bedienen täglich mehr als 500.000 Kunden. Im Bereich Services bietet Celesio den Pharmaherstellern Logistik- und Distributionslösungen und unterstützt sie bei Vertrieb und Marketing.

**Celesio in Europa**

**Belgien**
**Dänemark**
**Deutschland**
**Frankreich**
**Großbritannien**
**Irland**
**Italien**
**Niederlande**
**Norwegen**
**Österreich**
**Portugal**
**Slowenien**
**Spanien**
**Tschechische Republik**

Celesio AG
Neckartalstraße 155
70376 Stuttgart
www.celesio.com

celesio
the healthcare group

Godwins Landschaftspflege

Forst- und Pflanzenpflege
Kommunale Dienste
Winterdienst
Garten- und Landschaftsgestaltung

Godwins Landschaftspflege
Kreuzackerstr. 30 71560 Sulzbach
Fon 0 71 93-93 19 88
info@godwins-landschaftspflege.de
www. godwins-landschaftspflege.de

Godwins Landschaftspflege